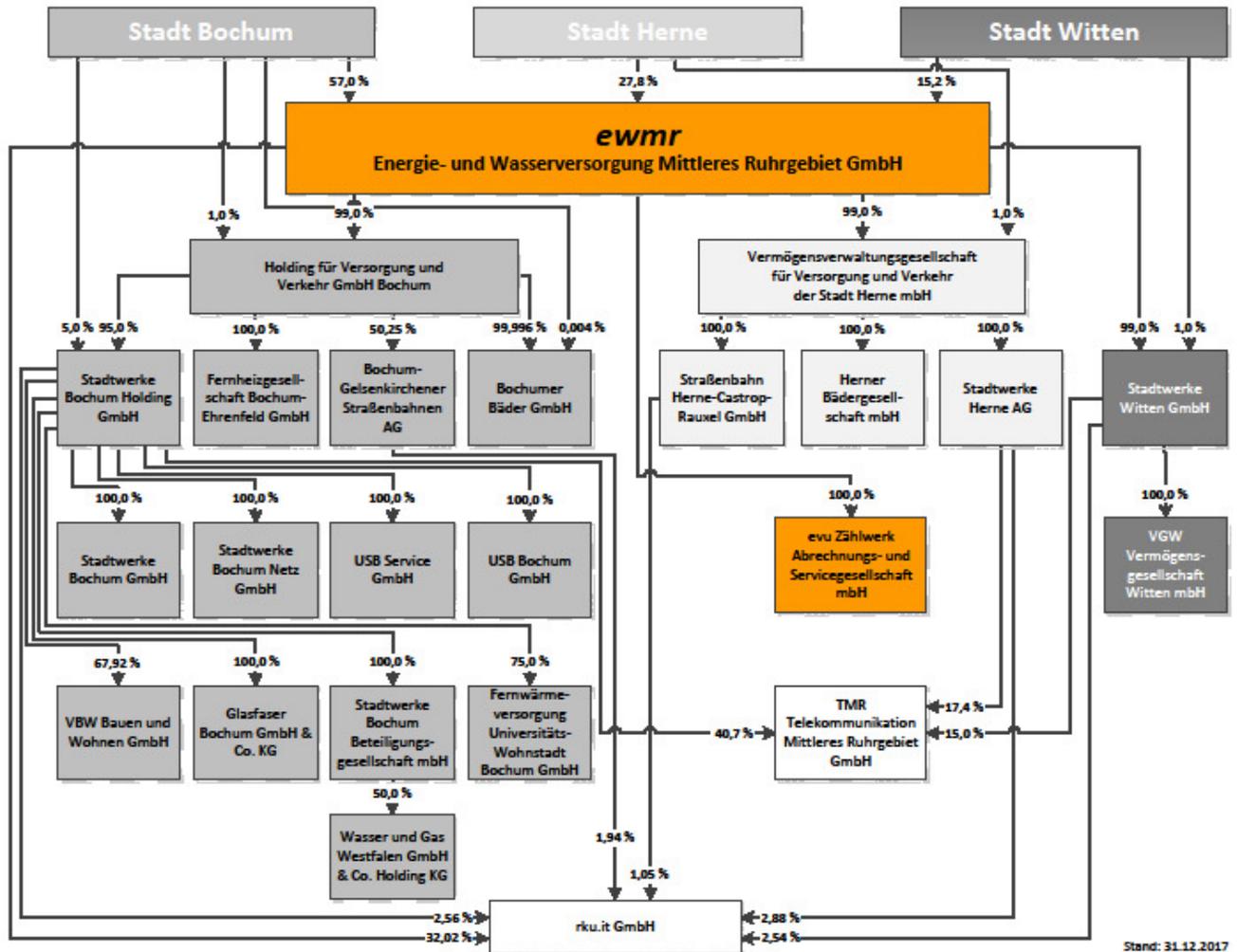


Konzerngeschäftsbericht 2017

	Seite
Konzernschaubild	2
Auf einen Blick	3
Organe der Gesellschaft	4
Bericht des Aufsichtsrates	5
Konzernlagebericht	6-17
Konzernbilanz	18
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	19
Konzernkapitalflussrechnung	20-21
Konzerneigenkapitalpiegel	22
Konzernanhang	23-47
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	48

Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH Konzernschaubild



		31.12.2017	31.12.2016
		bzw.	bzw.
		2017	2016
Umsatzerlöse (ohne Strom- und Erdgassteuer)	Mio. €	1.131,8	1.118,0
Materialaufwand	Mio. €	732,8	698,3
Personalaufwand	Mio. €	299,0	309,0
Abschreibungen auf Sachanlagen	Mio. €	53,8	54,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	Mio. €	113,8	154,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	Mio. €	-4,3	-18,8
Konzessionsabgabe	Mio. €	33,3	34,1
Konzernjahresergebnis	Mio. €	7,9	-58,2
Konzernbilanzergebnis	Mio. €	-82,2	-70,3
Anlagevermögen	Mio. €	1.501,0	1.470,0
Investitionen in Sachanlagen	Mio. €	82,6	95,1
Investitionen in Finanzanlagen	Mio. €	75,0	27,6
Mitarbeiter	Anzahl	4.707	4.689

Aufsichtsrat

Dr. Frank Dudda	Vorsitzender seit 23.03.2017	Oberbürgermeister Herne
Nicole Misterek	stellv. Vorsitzende	Konzernbetriebsratsvorsitzende/ Betriebsratsvorsitzende
Norbert Arndt		Gewerkschaftssekretär (ver.di)
Wolfgang Cordes		Angestellter
Thomas Eiskirch	Vorsitzender bis 22.03.2017	Oberbürgermeister Bochum
Michael Faust (seit 01.07.2017)		techn. Angestellter
Bettina Gantenberg		Gewerkschaftssekretärin (ver.di)
Volker Hohmeier		stellv. Konzernbetriebsratsvorsitzender/ Betriebsratsvorsitzender
Sonja Leidemann		Bürgermeisterin Witten
Udo Lochmann		Busfahrer/ Teamleiter
Gudrun Müller		Bezirksgeschäftsführerin (ver.di)
Dr. Uwe Rath (seit 15.03.2018)		Diplom-Geograph
Markus Schlüter		Beschäftigter Kommunalverwaltung
Dirk Schröder (seit 01.04.2017)		stellv. Betriebsratsvorsitzender
Gabriele Schuh		Medizinische Fachangestellte
Dieter Schumann		Betriebsratsvorsitzender
Udo Sobieski		Angestellter
Erika Stahl		Pensionärin
Ernst Steinbach		Geschäftsführer
Dr. Benjamin Zemlin		Leitender Angestellter
Karl-Heinz Happek (bis 30.06.2017)		techn. Angestellter
Uwe Schittek (bis 31.03.2017)		stellv. Betriebsratsvorsitzender
Thomas Stotko (bis 05.02.2018)		Rechtsanwalt

Geschäftsführung

Dietmar Spohn, Sprecher
Ulrich Koch
Andreas Schumski
Frank Thiel

Der Aufsichtsrat ist während des Geschäftsjahres von der Geschäftsführung regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Unternehmensplanung, die Geschäftsentwicklung und -lage sowie wesentliche Geschäftsvorgänge unterrichtet worden. Anhand der Berichte und erteilter Auskünfte hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung überwacht, alle Maßnahmen, die nach Gesetz und Satzung der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, sowie sonstige Geschäftsvorgänge von besonderer Bedeutung ausführlich erörtert und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Der Aufsichtsrat hat im Rahmen seiner satzungsgemäßen Zuständigkeit die ihm obliegenden Entscheidungen getroffen.

Die als Abschlussprüfer bestellte PKF FASSELT SCHLAGE Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte, Duisburg, hat den von der Geschäftsführung aufgestellten Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2017 geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Aufsichtsrat hat den Konzernabschluss und das Ergebnis der Konzernabschlussprüfung nach vorangegangener eingehender Prüfung zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat dankt der Geschäftsführung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der im Konzern zusammengefassten Unternehmen für ihren Einsatz und die erfolgreiche Arbeit.

Bochum, im September 2018

Aufsichtsrat der Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH

Dr. Frank Dudda
Vorsitzender

Unternehmensgegenstand und Ziele

Unternehmensgegenstand der Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH (*ewmr*) ist der Bezug von und der Handel mit Energie und Wasser sowie die Energieerzeugung und die Wasserförderung mit dem Zweck der Weiterlieferung an die Tochterunternehmen Stadtwerke Bochum Holding GmbH, Stadtwerke Bochum GmbH, Stadtwerke Herne AG und Stadtwerke Witten GmbH. Sie übt die geschäftsleitende Tätigkeit einer Holding für Versorgung, Verkehr, Entsorgung und Telekommunikationsdienstleistungen gegenüber der Holding für Versorgung und Verkehr GmbH Bochum (HVV), der Vermögensverwaltungsgesellschaft für Versorgung und Verkehr der Stadt Herne mbH (VVH) und der Stadtwerke Witten GmbH aus.

Durch die effiziente Nutzung von Beschaffungsvorteilen, die Entwicklung von kerngeschäftsnahen Geschäftsfeldern sowie den Ausbau der Marktstellung bei Bündelkunden sollen die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Zukunft geschaffen werden.

Bei der *ewmr* stehen Partnerschaft, Eigenständigkeit und lokale Identität des einzelnen Unternehmens im Vordergrund. Der hohen Eigenständigkeit der mit der *ewmr* verbundenen Unternehmen wird hierbei entscheidende Bedeutung beigemessen, ohne aber die potenziellen Synergien, die ein derartiger Konzern mit sich bringt, zu vernachlässigen.

Rechtliches und wirtschaftliches Umfeld

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein umfassender Indikator für die gesamtwirtschaftliche Leistung. In 2017 ist das BIP um 2,2 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In den vorangegangenen zwei Jahren war das BIP bereits ähnlich kräftig gewachsen (2016: 1,9 %, 2015: 1,7 %). Die Arbeitslosenquote betrug 5,7 % im Jahr 2017 (Vorjahr: 6,1 %). Die Verbraucherpreise stiegen um 1,8 % (Vorjahr: 0,5 %). Im Jahr 2018 werden die Zuwachsraten des deutschen BIP voraussichtlich oberhalb des Potenzialwachstums liegen, sodass die Überauslastung der deutschen Wirtschaft weiter zunimmt, Engpässe am Arbeitsmarkt und eine überdurchschnittliche Auslastung von Maschinen und Anlagen dürften die Wachstumsdynamik allerdings dämpfen. Die Anzahl der Erwerbstätigen hat im Jahr 2017 einen neuen Höchststand erreicht und dürfte weiter steigen. Der Sachverständigenrat rechnet mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes von 2,3 %.

Die konjunkturelle Entwicklung hat vor allem bei Industrieunternehmen und größeren Gewerbebetrieben Auswirkungen auf die Energie- und Wasserabnahme. Der Energie- und Wasserverbrauch von privaten Haushalten hingegen wird in hohem Maße von den Witterungsverhältnissen beeinflusst. Laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) zählt das Jahr 2017 mit einem Jahresmittel von 9,6°C zwar zu den acht wärmsten Jahren seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881, zeigte sich unterjährig und regional aber noch stärker differenziert als die Vorjahre: Einem kalten Januar folgten ein sehr milder Februar und März sowie ein Kälteeinbruch im April. Die Sommerperiode war temperaturmäßig regional sehr diversifiziert mit vielen Niederschlägen. Einem im Vorjahresvergleich zu kalten September und deutlich zu warmen Oktober folgte ein überdurchschnittlich mildes viertes Quartal. Und nicht zuletzt ungleichmäßig über Regionen und Zeiträume verteilte Niederschläge sowie schwere Orkane hatten auch auf die Energieversorgung Auswirkungen.

Startpunkt für eine weitere Phase in der Energiewende ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2017. Seit Anfang 2017 wird die Höhe der Vergütung nicht mehr von staatlicher Seite vorgeschrieben, sondern durch Ausschreibungen ermittelt. Dies gilt insbesondere auch für die Förderungshöhe von Offshore-Windenergieanlagen. Das Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG) als Teil des EEG 2017 legt fest, dass auch diese Anlagen unter Wettbewerbsbedingungen ausgeschrieben sind. Des Weiteren liegt der Fokus des EEG 2017 auf der engen Verzahnung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien mit dem weiteren Ausbau der Stromnetze, um eine leistungsfähige Netzinfrastruktur zu gewährleisten. Seit dem Jahr 2010 ist der Satz der EEG-Umlage, mit einer Ausnahme im Jahr 2015, stetig gestiegen. Im Jahr 2017 stieg diese um 0,526 ct/kWh auf 6,88 ct/kWh an. Dies entspricht einer Erhöhung um rund 8,3 %.

Zum 01.01.2017 ist das novellierte Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) in Kraft getreten. Eine wesentliche Änderung ist die Einführung von Ausschreibungsverfahren für die Förderung von KWK-Anlagen zwischen 1 und 50 MW sowie für innovative KWK-Systeme. Der KWK-Aufschlag verminderte sich zum 01.01.2017 um 0,007 ct/kWh auf 0,438 ct/kWh. Dies entspricht einer Senkung von ca. 1,6 %.

Der Anteil der staatlichen Abgaben am Strompreis für Privatkunden, zu denen neben der EEG-Umlage und dem KWK-Aufschlag u. a. auch die Offshore-Haftungsumlage, die § 19 StromNEV-Umlage und die Umlage für abschaltbare Lasten gehören, beträgt lt. BDEW im Jahr 2017 rund 55 %. Die letzteren drei aufgeführten Umlagen verringerten sich im Saldo zum 01.01.2017 um -0,052 ct/kWh. Weitere rund 26 % des Abgabepreises sind staatlich regulierte Netzentgelte und die restlichen ca. 19 % entfallen auf die Erzeugung und den Vertrieb. Im Jahr 2017 wurden lt. BDEW

die Abgabepreise an Haushaltskunden durchschnittlich um 1,8 % erhöht. Bei den Strompreisen für Industriekunden ist eine deutliche Erhöhung von durchschnittlich 10,2 % zu verzeichnen.

Im Bereich der Gasversorgung sind die Abgabepreise an Haushaltskunden im Jahr 2017 gemäß BDEW leicht um ca. 3,3 % gesunken und für Industrieunternehmen um durchschnittlich rund 1,2 % gestiegen.

Das energiewirtschaftliche Umfeld ist durch die fortlaufende Energiewende von der fossilen Erzeugung hin zu den Erneuerbaren Energien geprägt. Nach der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2014 ist am 01.01.2017 die grundlegende EEG-Reform 2017 in Kraft getreten, die u. a. die Vergütung des aus Erneuerbaren Energien erzeugten Stroms nicht wie bisher staatlich festlegt, sondern auf ein öffentliches Ausschreibungsverfahren abstellt. Im Zuge dessen wurde am 29.06.2017 die Verordnung für die erstmals im Winter 2017/2018 beginnenden Ausschreibungen der Förderung für bestimmte Anlagegrößen und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) Anlagen vom Bundestag verabschiedet. Weiterhin wurde im Rahmen der weiteren Energiewende am 29.06.2017 das Gesetz zur Förderung von Mieterstrom beschlossen. Mit dem sogenannten Mieterstromgesetz verankert der Gesetzgeber im EEG einen Förderanspruch für direkt gelieferten Strom aus Solaranlagen auf Wohngebäuden.

Bis zum Jahr 2025 sollen 40 - 45 % und bis zum Jahr 2050 mindestens 80 % der Stromerzeugung aus regenerativen Quellen stammen. Im Jahr 2017 hat der Anteil der Erneuerbaren Energien am deutschen Bruttostromverbrauch mit 36,1 % einen neuen Rekordwert erreicht. Hauptursachen waren ein gutes Windjahr und ein weiterer Zubau von Windkraftanlagen an Land und auf See. Die Steinkohleverstromung fiel aufgrund von Kraftwerksstilllegungen und gestiegener Kohleimportpreise auf ihr niedrigstes Niveau seit 1990. Auch der Anteil der Kernenergie sank aufgrund von Kraftwerksstillständen erneut. Erstmals lag die Windenergie in der Stromerzeugung damit vor der Kernenergie und der Steinkohle. Vor diesem Hintergrund bleibt der Aus- und Umbau der Stromnetze zur Gewährung der gewohnten Versorgungssicherheit – bei einem gleichzeitigen weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien – auch zukünftig eine der großen Herausforderungen der Energiewende.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien führt zu einem fortlaufenden Rollenwechsel bei den konventionellen Kraftwerken. Investitionen in neue Kraftwerkskapazitäten sind stark rückläufig, denn diese werden immer weniger zur stetigen Stromerzeugung benötigt. Vielmehr dienen sie vielfach als Sicherheitsnetz für den Fall, dass der Strombedarf witterungsbedingt nicht aus regenerativen Quellen gedeckt werden kann. Die Bereitstellung sicherer Leistung und das

Vorhalten von Reservekapazitäten gewinnt damit zunehmend an Bedeutung. Auf dem derzeitigen Strommarkt können aber hochmoderne und hochflexible konventionelle Kraftwerksanlagen nicht mehr kostendeckend betrieben werden. Kraftwerke werden solange auf dem Strommarkt in aufsteigender Reihenfolge ihrer Grenzkosten zugeschaltet, bis die Nachfrage gedeckt ist. Dies führt bei einem steigenden Anteil regenerativer Erzeugungsanlagen mit niedrigen Grenzkosten zu einer Verdrängung fossiler Erzeugungsanlagen, die höhere Grenzkosten aufweisen (Merit-Order-Effekt). Durch diese preissenkende Wirkung auf die Stromhandelspreise geraten die fossilen Kraftwerke zunehmend unter Druck.

Im Mai 2017 hat das Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) das Ergebnispapier zum Diskussionsprozess „Strom 2030“ veröffentlicht. Darin werden die Rahmenbedingungen der künftigen Stromversorgung sowie langfristige Trends und Aufgaben im Stromsektor thematisiert. Aus diesen Trends und Aufgaben leiten sich die energiepolitischen Aufgaben für die kommenden Jahre ab.

Darüber hinaus begann am 01.01.2017 die im Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende geregelte Einbauverpflichtung für digitale Stromzähler. In Abhängigkeit des Stromverbrauches und/oder der installierten Leistung wird anstatt der klassischen Drehstromzähler zukünftig nur noch digitale Messtechnik verbaut. Hier stehen die Energieversorger vor umfangreichen Investitionen und müssen neue Geschäftsprozesse etablieren, die den Anforderungen der Digitalisierung des Strommarktes und dem Umgang mit Massendaten gerecht werden. Insgesamt wird die Digitalisierung von Geschäftsprozessen eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre sein.

Im Verkehrsbereich ergaben sich im Hinblick auf die Fahrgastentwicklung bei einer nahezu gleichbleibenden Einwohnerzahl gegenläufige Potenziale. Während die Zahl der Studierenden unverändert hoch ist, sind bei bestimmten Ticketarten bzw. Bezugsberechtigungen stark rückläufige Tendenzen zu erkennen. Insgesamt sind im Bedienungsgebiet konstante Umfeldbedingungen zu verzeichnen.

Das Abfallrecht unterliegt ständigen Veränderungen. Neben zahlreichen Strategiepapieren zum Schutz von Umwelt und Ressourcen, gibt es laufend Gesetzgebungsinitiativen. Auch die Rechtsprechung beschäftigt sich regelmäßig mit den bestehenden Risiken. Die Bundesregierung hat einen Entwurf zur Novellierung des Verpackungsgesetzes am 21.12.2016 beschlossen. Zum 01.08.2017 ist die neue Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) in Kraft getreten. Insbesondere betrifft die neue GewAbfV den Bereich der gewerblichen Siedlungsabfälle. Nunmehr müssen

neben Papier, Pappen, Kartonagen, Kunststoffen, Glas und Metallen auch Holz, Textilien und sämtliche Bioabfälle getrennt erfasst werden. Mit der Novelle bezweckt der Gesetzgeber unter anderem die getrennte Erfassung von stofflich verwertbaren Abfällen, um somit das Recycling zu stärken. Dies führt insgesamt für die Abfallerzeuger zu erweiterten Getrenntsammlungs- und Dokumentationspflichten.

Auf dem Telekommunikationsmarkt in Deutschland ist der Umsatz mit Produkten und Diensten der Informationstechnologie in 2017 um 2,2 % auf 161,3 Mrd. € gewachsen. Der Umsatz im Bereich der Telekommunikation ist geringfügig um 0,1 Mrd. € auf 65,7 Mrd. € angestiegen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Im Versorgungsbereich wurden die Abgabepreise in der Fernwärmeversorgung zum 01.04.2017 bzw. zum 01.10.2017 angepasst. Für die Stromhaushaltskunden konnten die Arbeits- und Grundpreise durch eine Optimierung der Beschaffungskosten trotz steigender staatlicher Abgaben und höheren Netznutzungsentgelten stabil gehalten werden. Auch in der Gas- und Wassersparte wurden keine Preiserhöhungen vorgenommen.

Im Verkehrsbereich wurden die Fahrpreise zum 01.01.2017 angehoben.

Die Gesamtumsatzerlöse liegen mit 1.131,8 Mio. € um 13,8 Mio. € bzw. 1,2 % über denen des Vorjahres. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus den erhöhten Umsatzerlösen im Versorgungsbereich.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 24,3 Mio. € auf 75,2 Mio. €. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus höheren Veräußerungsgewinnen aus Aktienverkäufen sowie Erträgen aus dem Verkauf von Beteiligungsrechten.

Der Materialaufwand nahm um 34,5 Mio. € auf 732,8 Mio. € zu. Im Wesentlichen ist der Anstieg auf höhere Beschaffungsaufwendungen im Versorgungsbereich in der Strom- und Gassparte zurückzuführen.

Der Personalaufwand ging um 10,0 Mio. € auf 299,0 Mio. € zurück. Im Wesentlichen führten geringere Rückstellungszuführungen im Vergleich zum Vorjahr zu dem Rückgang.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich um 40,2 Mio. € auf 113,8 Mio. €. Der Rückgang wurde im Wesentlichen durch im Vorjahr vorgenommenen Dotierungen von Rückstellungen für Drohverluste und steuerliche Risiken bestimmt.

Wie im Konzernlagebericht 2016 prognostiziert wurde ein deutlich verbessertes und deutlich positives Ergebnis erwirtschaftet. In 2017 erzielt der *ewmr*-Konzern ein Ergebnis nach Steuern von 10,6 Mio. € nach -55,7 Mio. € im Vorjahr. Nach Abzug der sonstigen Steuern ergibt sich ein Konzernjahresüberschuss von 7,9 Mio. € nach einem Konzernjahresfehlbetrag von 58,2 Mio. € in 2016. Insgesamt verbleibt nach Entnahmen aus der Kapitalrücklage, Einstellungen in andere Gewinnrücklagen und der Berücksichtigung des Verlustvortrages aus dem Vorjahr ein Konzernbilanzverlust von 82,2 Mio. € gegenüber 70,3 Mio. € im Vorjahr.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Bilanzsumme beträgt 1.929,7 Mio. €. Sie nahm im Vergleich zum Vorjahr um 50,5 Mio. € zu. Auf der Aktivseite ist der Anstieg im Wesentlichen auf eine Erhöhung des Anlagevermögens aufgrund von Investitionen im Verkehrsbereich zurückzuführen. Die Passivseite nahm hauptsächlich aufgrund eines durch Rücklagenzuführung höheren Eigenkapitals sowie einem Anstieg der Pensionsrückstellungen und langfristigen Verbindlichkeiten zu. Während auf der Aktivseite das langfristig gebundene Vermögen 77,8 % der Bilanzsumme ausmacht, stehen dem auf der Passivseite langfristig verfügbare Mittel von 82,7% gegenüber. Demnach ist das langfristig gebundene Vermögen des Konzerns vollständig langfristig finanziert.

Die Eigenkapitalquote ist mit 31,9 % leicht um 0,6 % gestiegen und das Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital beträgt 1 : 2,13 nach 1 : 2,19 im Vorjahr.

Die Finanzmittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit (30,5 Mio. €) und aus der Finanzierungstätigkeit (5,2 Mio. €) lassen den Finanzmittelfonds trotz des Finanzmittelabflusses aus der Investitionstätigkeit (32,5 Mio. €) um 3,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr steigen.

Der Konzern war im Geschäftsjahr jederzeit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Die geordnete wirtschaftliche Lage des Konzerns besteht auch zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes unverändert fort.

Risikobericht

Der Konzern der *ewmr* ist im Rahmen seiner unternehmerischen Tätigkeit einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt. Diese gilt es vorausschauend zu identifizieren und zu bewerten. Durch ein umfangreiches und konsequentes Risikomanagement wird sichergestellt, dass bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkannt und Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet werden können.

Die Aktivitäten im Energiebereich gehen mit unterschiedlichen Risiken einher. Die Erzeugung, Beschaffung und Verteilung von Energie ist hauptsächlich folgenden Risiken ausgesetzt: Mengen- und Absatzrisiken aufgrund von Nachfrageschwankungen, immer stärker und aggressiver werdender Wettbewerb, Verteilungsausfälle und sonstige technische Risiken bedingt durch unvorhergesehene Störungen bei den für die Energiebereitstellung notwendigen hochkomplexen Anlagen; Sach- und Finanzinvestitionen sind außerdem mit vielschichtigen Gefahren verbunden. Darüber hinaus können Änderungen der politischen, rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen für den Energiesektor Risiken hervorrufen, die zu einer Belastung der aktuellen Ergebnislage führen und insbesondere die langfristige Planungssicherheit erheblich mindern. Weitere Anpassungen des EEG und die Ausgestaltung eines umfassenden neuen Marktmodells sind wesentliche politische Faktoren, von denen die Wirtschaftlichkeit der Kraftwerksneubauten und jungen Bestandskraftwerken abhängt.

Für eine stärkere Beschaffungsunabhängigkeit ist die *ewmr* an einzelnen Kraftwerks- und Gasspeicheranlagen beteiligt. Dementsprechend hält sie Beteiligungen an den fossil befeuerten Kraftwerken Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), Aachen, sowie Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL), Lünen. Des Weiteren unterhält die *ewmr* zwei Gasspeicherprojekte: Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG (KGE), Gronau, und Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE), Aachen. Die Stadtwerke Bochum Holding GmbH ist an der TGE auch direkt beteiligt. Diese Projektbeteiligungen sind unter anderem den oben beschriebenen Risiken politischer und regulatorischer Eingriffe, Preis- sowie Marktrisiken ausgesetzt. Die genannten Risiken werden im Rahmen eines konsequenten Risikomanagements überwacht und gesteuert. Hierzu zählen beispielsweise strategiebasierte Prüfungen und Analysen sowie ein umfassendes Investitions- und Projektcontrolling. Darüber hinaus werden Projekte ausschließlich mit erfahrenen, wirtschaftlich starken und vertrauenswürdigen Partnern durchgeführt. Für die Vermarktung der Kraftwerkskapazitäten werden Strategien definiert und mit Hilfe von Limitvorgaben überwacht. Die Risiken aus dem langfristigen Stromliefervertrag mit TKL hängen insbesondere von den zukünftigen Strompreisen ab. Auf der Grundlage von Wirtschaftlichkeitsberechnungen und den Prognosen der zukünftigen Strompreise ergeben sich Risiken aus der

Vermarktung des Kohlekraftwerks TKL. Dementsprechend wurde im Konzernabschluss 2017 für Risiken aus dem langfristigen Stromliefervertrag mit TKL bilanzielle Vorsorge in Form einer weiteren Zuführung zu den Drohverlustrückstellungen getroffen. Darüber hinaus wurden für KGE und TGE die bestehenden Drohverlustrückstellungen zum 31.12.2017 erhöht.

Die Kursentwicklung der RWE-Aktien und eine damit einhergehende potentielle Abschreibung auf den Buchwert der Aktien stellt ein weiteres Risiko dar. Die HVV hat am 04.10.2016 2,2 Mio. Aktien veräußert. Der Verkauf der 2. Tranche erfolgte im Juni 2017, sodass die HVV aktuell noch im Besitz von 2,2 Mio. RWE-Aktien ist. Die Stadtwerke Herne AG verkauften in 2017 450.000 RWE-Aktien, demnach hält die ewmr konzernweit derzeit insgesamt 3,7 Mio. RWE-Aktien. Trotz aktuell positiver Kursentwicklung liegen verschiedene Anzeichen für eine voraussichtlich nicht dauerhafte Werterholung bei RWE vor. Aufgrund des niedrigen Buchwertes ist das Risiko einer weiteren Abschreibung zurzeit gering.

Darüber hinaus kann sich durch eine Senkung bzw. durch einen Wegfall der Dividende ein weiteres Risiko ergeben. Aufgrund der Analystenschätzungen sowie aktuellen Mitteilungen seitens RWE kann das Risiko für die Folgejahre als gering eingestuft werden.

Hinsichtlich der mit Erneuerbaren Energien Projekte verbundenen Risiken ist insbesondere die Beteiligung an dem Offshore Windpark Borkum zu nennen. Die erste Ausbaustufe, welche seit September 2015 im kommerziellen Betrieb ist, wurde gesellschaftsrechtlich in der TWB I abgebildet. Die Inbetriebnahme der zweiten Ausbaustufe von TWB II wird voraussichtlich 2019 erfolgen. Das operative Risiko für TWB I besteht grundsätzlich in der technischen Verfügbarkeit der Windenergieanlagen sowie der Windhöufigkeit. Finanzielle Erträge können nur generiert werden, wenn die Anlagen betriebsbereit sind und zudem ein ausreichendes Windaufkommen vorliegt. Marktpreisrisiken ist das Projekt derzeit nicht ausgesetzt, da die Winderträge im Rahmen des Förderregimes des EEG vermarktet werden. Erst mit Auslaufen der Förderung im Jahr 2022 werden die Winderträge zu reinen Marktpreisen vermarktet. In der Werthaltigkeitsprüfung der Beteiligungen an TWB I und TWB II wird auch der Zeitraum nach Auslaufen der EEG-Förderung berücksichtigt, sodass bewertungsseitig Risiken aus den Marktpreiserwartungen resultieren. Vor diesem Hintergrund wurde im Jahresabschluss 2017 eine Abwertung auf den Beteiligungsbuchwert von TWB I vorgenommen.

Über die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) besteht eine Beteiligung an der STEAG GmbH (STEAG). Der STEAG-Konzern sieht sich in der deutschen Energiewirtschaft nach wie vor mit einem Umfeld restriktiver und sich weiter verändernder

regulatorischer Rahmenbedingungen konfrontiert. Der drastische Rückgang der Deckungsbeiträge aus der Stromvermarktung stellt somit alle Energieunternehmen mit konventionellen Erzeugungsanlagen vor enorme wirtschaftliche Herausforderungen. Sollte die STEAG nicht in der Lage sein, ihr umfassendes Transformationsprogramm STEAG 2022 hinsichtlich der in der Wirtschaftsplanung hinterlegten Portfolio- und Wachstumsmaßnahmen sowie der Effizienzsteigerungen umzusetzen, ist die nachhaltige Ergebniserholung und Neuausrichtung des Konzerns gefährdet. Zudem besteht für die STEAG und KSBG die Herausforderung, im aktuellen Mittelfristzeitraum einen Großteil der langfristigen Bankverbindlichkeiten zu refinanzieren. Aufgrund der aktuellen Einschätzung der Unternehmens- und Marktlage aus konservativer Sicht wurde eine Wertberichtigung der Beteiligung an der KSBG vorgenommen.

Für den Jahresabschluss werden aus Risikogesichtspunkten für wesentliche Beteiligungen und Projekte Werthaltigkeitsprüfungen durchgeführt. Sofern Anzeichen für Wertminderungen vorliegen, werden diese im Rahmen der Jahresabschlusserstellung berücksichtigt.

Die Hauptrisiken im Entsorgungsbereich sind die Nachsorgeverpflichtungen. Für diese Risiken werden entsprechende Rückstellungen gebildet. Weitere Risiken bestehen insbesondere im Bereich der Gewerbeabfallaufbereitung, die sich aus Mengen- und Preisrisiken für die Anlieferungen ergeben, denen insbesondere durch die Kapazitätsreduzierung des EKOCityCenter entgegengewirkt wird.

Im Verkehrsbereich könnten Fördermittelkürzungen des Bundes und des Landes die Geschäftstätigkeit negativ beeinflussen. Im Hinblick auf die Notwendigkeit der Finanzierung von Erneuerungsinvestitionen in die Infrastruktur sind in dem vorliegenden Gesetzesentwurf des ÖPNVG NRW nunmehr Fördertatbestände enthalten sowie entsprechende Mittel vorgesehen. Insgesamt ist abzuwarten, wie sich die Regelungen in der Praxis bewähren und wie die erforderlichen Erneuerungen der ortsfesten und mobilen Infrastruktur finanziert werden können. Aufgrund der Vorfinanzierung von Fördergeldern, die zwar der Höhe nach verbindlich zugesagt sind, deren Auszahlungszeitpunkt jedoch nicht feststeht, könnten ungeplante Finanzierungskosten anfallen.

Der Telekommunikationsbereich ist durch Beobachtung des technischen Fortschritts und insbesondere daraus resultierender Marktentwicklungen in der Lage, auf Marktveränderungen kurzfristig zu reagieren. Die stets sorgfältige Auswahl der Kunden trägt weiterhin dazu bei, dass nicht mit nennenswerten Zahlungsausfällen wegen Insolvenzen bzw. vorzeitiger Vertragsbeendigungen zu rechnen ist.

Es bestanden in 2017 keine Risiken, die den Fortbestand der *ewmr* oder anderer Konzernunternehmen gefährdet hätten. Aus heutiger Sicht sind auch für die absehbare Zukunft keine derartigen Risiken erkennbar.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2017 waren bei der *ewmr* und ihren Tochterunternehmen durchschnittlich 4.707 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt. Die gesetzlich vorgeschriebene Schwerbehindertenquote wurde im Konzern wie in den Vorjahren mehr als erfüllt.

Chancengleichheit zwischen Männer und Frauen

Im Rahmen des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst hat die *ewmr* für den Aufsichtsrat das Ziel eines mindestens 30 %-igen Frauenanteils und für die Geschäftsführung entsprechend der aktuellen Zusammensetzung das Ziel eines 0 %-igen Frauenanteils bis zum 14.09.2022 formuliert. Zum 31.12.2017 lag der Frauenanteil bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats bei 30,0 %.

Umwelt

Die Verpflichtung gegenüber der Umwelt ist bei der *ewmr* und ihren Konzernunternehmen fest verankert.

Die Energieunternehmen stellen sich der Verantwortung, mit den Ressourcen Energie und Wasser sorgsam umzugehen. Sie bieten unter anderem ihren Kunden für einen Aufschlag von einem Euro pro Monat Ökostrom an, der zu 100 % aus Wasserkraft erzeugt wurde.

Die *ewmr* betreibt insgesamt drei Erdgastankstellen im Versorgungsgebiet der Stadtwerke. Im Vergleich zum benzingetriebenen Fahrzeug stößt ein Erdgasauto bis zu 80 % weniger Ozonbildende Gase und rund ein Viertel weniger CO₂ aus.

Öffentliche Zwecksetzung

Der *ewmr* sowie deren Tochtergesellschaften wurden die öffentlichen Aufgaben der Versorgung der Bürger, der Wirtschaft und sonstiger Verbraucher mit Energie und Wasser, der Entsorgung, der Erbringung von Verkehrsdienstleistungen und der Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen übertragen. Die Gesellschaften haben den öffentlichen Zweck nachhaltig erfüllt, der ihnen von den Gesellschaftern, den Städten Bochum, Herne und Witten, übertragen wurde.

Prognosebericht

Die Investitionspläne der Konzernunternehmen für 2018 sehen im Wesentlichen den Ausbau und die Erneuerung von Versorgungs- und Informationsnetzen sowie die Modernisierung des Fahrzeugparks und der Verkehrsnetze vor.

Für 2018 rechnet der Versorgungsbereich mit einem etwas geringeren Ergebnis. Mittelfristig wird von einem stabilen Ergebnis ausgegangen. Den Herausforderungen des energiewirtschaftlichen Umfelds wird unter anderem mit geplanten Investitionsprojekten im Bereich der Erneuerbaren Energien begegnet.

Die Wirtschaftlichkeit der konventionellen Kraftwerksprojekte hängt ausschließlich von den Entwicklungen an den Energiemärkten und von weiteren politischen Entscheidungen ab. Ein Großteil der in den Folgejahren zu erwarteten Verluste - insbesondere durch den Stromliefervertrag mit TKL - können durch die Inanspruchnahmen der hierfür bereits gebildeten Drohverlustrückstellungen aufgefangen werden.

Im Jahr 2018 sollen die Bäderbetriebe der Stadt Bochum auf die Tochtergesellschaft Bochumer Bäder GmbH der HVV übertragen werden. Der Verlustausgleichsanspruch der HVV wird sich daher voraussichtlich rund 7,5 Mio. € erhöhen und soll durch zusätzliche Einlagen der Stadt Bochum in die *ewmr* ausgeglichen werden.

Der Entsorgungsbereich prognostiziert für 2018 ein deutlich geringeres Ergebnis. Der Abschluss des Umbaus des EKOCityCenters ist für Herbst 2018 geplant. Die Preisprüfungsstelle der Bezirksregierung Arnsberg wird im Juni 2018 die der Stadt Bochum in Rechnung gestellten Entgelte für die erbrachten Leistungen in den gebührenrelevanten Bereichen des Jahres 2017 auf Basis der „Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten“ (LSP) prüfen.

Im Verkehrsbereich wird die voraussichtliche Entwicklung leicht positiv beurteilt. Basis der Beurteilung bildet die mittlere Tarifierhöhung zum 01.01.2018 verbunden mit der Erwartung stabiler Fahrgastzahlen. Gleichzeitig sind weiterhin Anstiege bei den tariflichen Entgelten und dem Aufwand für Instandhaltungen sowie beim Zins- und Abschreibungsaufwand zu erwarten.

Die Umsatzerwartungen der Telekommunikationsbranche werden sich zukünftig auch weiterhin leicht positiv entwickeln. Die permanente Vermarktung der vorhandenen Glasfasernetze, der weitere Ausbau sowie die Erweiterung der Rechenzentrumsflächen im neuen DataCenter Standort in Herne werden sich für den Geschäftsverlauf positiv auswirken.

Die *ewmr* und ihre Tochterunternehmen stellen sich gemeinsam mit Kooperationspartnern mit vielseitigen strategischen Konzepten den Herausforderungen der einzelnen Märkte. In allen Unternehmensbereichen gibt es eine Vielzahl von Unwägbarkeiten sowie sich ständig weiter verändernde rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen. Für 2018 wird ein spürbar geringeres Ergebnis erwartet.

AKTIVA	Anhang	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
A. Anlagevermögen	(1)		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		4.407	8.469
II. Sachanlagen		713.938	686.472
III. Finanzanlagen		782.732	775.063
		<u>1.501.077</u>	<u>1.470.004</u>
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	(2)	32.704	29.365
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	263.613	250.381
III. Sonstige Wertpapiere		5.839	7.521
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		119.436	116.212
		<u>421.592</u>	<u>403.479</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten		5.169	4.224
D. Aktive latente Steuern		1.823	1.504
		<u>1.929.661</u>	<u>1.879.211</u>

PASSIVA	Anhang	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
A. Eigenkapital	(4)		
I. Gezeichnetes Kapital		51.130	51.130
II. Kapitalrücklage		193.788	193.788
III. Gewinnrücklagen		393.274	356.131
IV. Konzernbilanzverlust		-82.167	-70.310
V. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		60.400	58.421
		<u>616.425</u>	<u>589.160</u>
B. Ausgleichsposten eigene Anteile		25	25
C. Empfangene Ertragszuschüsse		7.650	8.839
D. Sonderposten für Investitionszuschüsse	(5)	43.006	41.991
E. Rückstellungen	(6)	560.558	549.921
F. Verbindlichkeiten	(7)	698.804	686.387
G. Rechnungsabgrenzungsposten		3.193	2.888
		<u>1.929.661</u>	<u>1.879.211</u>

	Anhang	2017 T€	2016 T€
1. Umsatzerlöse		1.187.010	1.174.869
Stromsteuer		-35.129	-37.338
Erdgassteuer		-20.071	-19.547
Umsatzerlöse ohne Stromsteuer und Erdgassteuer	(8)	1.131.810	1.117.984
2. Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		-450	1.430
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		3.711	3.412
4. Gesamtleistung		1.135.071	1.122.826
5. Sonstige betriebliche Erträge	(9)	75.211	50.939
6. Materialaufwand	(10)	-732.835	-698.311
7. Personalaufwand	(11)	-298.975	-309.019
8. Abschreibungen	(12)	-55.336	-56.141
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(13)	-113.769	-154.020
10. Ergebnis aus Finanzanlagen	(14)	-4.312	-18.764
11. Zinsergebnis	(15)	-25.089	-25.790
12. Ergebnis aus assoziierten Unternehmen		34.465	34.101
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(16)	-3.880	-1.543
14. Ergebnis nach Steuern		10.551	-55.722
15. Sonstige Steuern		-2.656	-2.438
16. Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag		7.895	-58.160
17. Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn		-2.112	-259
18. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		19.770	20.319
19. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		-37.142	-875
20. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-70.578	-31.335
21. Konzernbilanzverlust		-82.167	-70.310

	2017 T€	2016 T€
1. Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	7.895	-58.161
2. + Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	68.718	85.332
3. + Zunahme der Rückstellungen	10.637	86.088
4. - Auflösung der Ertrags- und Investitionszuschüsse	-5.460	-5.827
5. - Erlös aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-23.324	-7.742
6. +/- Zunahme/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-12.519	22.362
7. +/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	10.926	-62.646
8. + Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen	1.347	3.179
9. - Sonstige Beteiligungserträge	-42.300	-43.787
10. + Zinsaufwand	10.863	12.555
11. + Ertragsteueraufwendungen	3.880	3.055
12. +/- Ertragsteuerzahlungen/-erstattungen	-104	9.919
13. = Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 12.)	30.559	44.327
14. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	3	177
15. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-1.460	-4.268
16. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	2.764	1.372
17. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-82.645	-95.071
18. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	79.791	34.585
19. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-75.002	-12.249
20. + Erhaltene Zinsen	552	894
21. + Erhaltene Beteiligungserträge und Zahlungen aus Ergebnisabführungsverträgen	43.495	45.669
22. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 14. bis 21.)	-32.502	-28.891
23. Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	21.283	25.961
24. + Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	57.563	73.800
25. - Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	-59.919	-87.415
26. + Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	5.287	13.141
27. - Auszahlung an Minderheitsgesellschafter	-405	-352
28. - Gezahlte Zinsen	-18.642	-20.528
29. = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 23. bis 28.)	5.167	4.607

	2017 T€	2016 T€
30. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe 13.,22. und 29.)	3.224	20.043
31. + konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	-3
32. + Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	116.212	96.172
33. = Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 30. bis 32.)	119.436	116.212
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds am Ende der Periode		
Zahlungsmittel	119.436	116.212

Kapitalflussrechnung nach Deutschem Rechnungslegungs Standard 21 (DRS 21)

	Mehrheitsgesellschafter				Eigenkapital	nicht beherrschende Anteile	Konzern- eigenkapital
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Konzernbilanz- gewinn/ -verlust		Minderheitenkapital	
	T€	T€	T€	T€		T€	
Stand am 01.01.2017	51.130	193.788	356.131	-70.310	530.739	58.421	589.160
Einstellungen in Rücklagen	0	19.770	37.143	-37.143	19.770	0	19.770
Entnahmen aus Rücklagen	0	-19.770	0	19.770	0	0	0
Ausschüttungen	0	0	0	-97	-97	-308	-405
Übrige Veränderungen	0	0	0	-2.282	-2.282	2.287	5
Konzernjahresfehlbetrag	0	0	0	7.895	7.895	0	7.895
Stand am 31.12.2017	51.130	193.788	393.274	-82.167	556.025	60.400	616.425

Allgemeine Angaben

Die Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH (*ewmr*) mit Sitz in Bochum ist beim Amtsgericht Bochum unter der Nummer HRB 6191 eingetragen.

Der Konzernabschluss ist nach den für große Kapitalgesellschaften maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches und des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

Um die Übersichtlichkeit der Darstellung zu verbessern, werden einzelne Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 265 Abs. 7 Nr. 2 HGB zusammengefasst. Diese Posten sind im Anhang gesondert ausgewiesen.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Konsolidierungskreis und Konsolidierungsgrundsätze

In den Konzernabschluss sind neben dem Mutterunternehmen *ewmr* 28 (i. Vj. 26) Tochter- und Enkelunternehmen einbezogen, bei denen dem Mutterunternehmen unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Stimmrechte zusteht.

Wie im Vorjahr werden sechs mit außenstehenden Unternehmen gemeinschaftlich geführte Unternehmen als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Der Wertansatz der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen im Sinne von § 312 HGB erfolgt nach der Buchwertmethode.

Nach § 296 Abs. 1 Nr. 2 HGB ist auf die Einbeziehung der VBW Bauen und Wohnen GmbH mit Sitz in Bochum verzichtet worden, da der für die Einstufung als Tochterunternehmen ausschlaggebende Anteilserwerb erst kurzfristig zum Ende des Geschäftsjahres 2017 erfolgt ist und die für den Konzernabschluss erforderlichen Angaben, insbesondere diejenigen zur Neubewertung des Immobilienvermögens, erst mit zeitlichen Verzögerungen erlangt werden können. Auf die Einbeziehung weiterer vier verbundenen Unternehmen ist nach § 296 Abs. 2 HGB sowie weiterer fünf assoziierten Unternehmen nach § 311 Abs. 2 HGB verzichtet worden, da sie einzeln und gemeinsam für die Betrachtung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Kapitalkonsolidierung gemäß § 301 HGB erfolgt für Erstkonsolidierungen vor erstmaliger Gültigkeit des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) nach der Buchwertmethode. Grundlage waren die Wertansätze zu Beginn des Geschäftsjahres, in dem das jeweilige Unternehmen erstmals in den Konzernabschluss einbezogen wurde; das gilt ebenso für die beiden erstellten Teilkonzernabschlüsse der Holding für Versorgung und Verkehr GmbH Bochum (HVV) und der Vermögensverwaltungsgesellschaft für Versorgung und Verkehr der Stadt Herne mbH (VVH). Die Kapitalkonsolidierung für Erstkonsolidierungen ab dem 01.01.2010 erfolgt nach der Neubewertungsmethode. Passive Unterschiedsbeträge zwischen Beteiligungsbuchwert und anteiligem Eigenkapital werden in den Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung eingestellt.

Der entgeltlich erworbene Geschäfts- und Firmenwert aus der Einbeziehung eines Konzernunternehmens wird über eine planmäßige Nutzungsdauer von insgesamt 15 Jahren abgeschrieben. Die Ermittlung der voraussichtlichen Nutzungsdauer von 15 Jahren ist unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Bestands grundsätzlicher Marktgegebenheiten erfolgt.

Die Vermögensgegenstände und Schulden sind nach den auf den Jahresabschluss des Mutterunternehmens anwendbaren Bewertungsmethoden im Wesentlichen einheitlich bewertet.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, konzerninterne Umsatzerlöse sowie andere Erträge und die entsprechenden Aufwendungen wurden konsolidiert. Zwischengewinne wurden eliminiert.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten bewertet und werden über die Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben.

Die Bilanzierung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Berücksichtigung angemessener Gemeinkosten abzüglich darauf entfallender erhaltener Zuschüsse. Die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen umfassen Einzelkosten sowie zurechenbare Material- und Lohngemeinkosten. Die für die Erstellung von Hausanschlüssen und Netzleitungen empfangenen Baukostenzuschüsse und Beiträge für Hausanschlusskosten, die seit dem Geschäftsjahr 2003 nicht mehr als Ertragszuschuss behandelt werden, sind als Sonderposten für Investitionszuschüsse auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen erfolgen für Neuzugänge ab dem Geschäftsjahr 2015 ausschließlich linear. Frühere Zugänge werden linear oder degressiv abgeschrieben, mit späterem Übergang auf die lineare Abschreibungsmethode, sobald sich höhere Abschreibungsbeträge ergeben. Die zugrunde gelegten Nutzungsdauern richten sich nach den amtlichen Abschreibungstabellen.

Die Beteiligungen an den unverändert sechs bereits in die Teilkonzernabschlüsse einbezogenen assoziierten Unternehmen sind zum Erwerbszeitpunkt nach der Equity-Methode bewertet. Aus der Einbeziehung der TRIANEL GmbH, Aachen, in den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2006 ergab sich ein Unterschiedsbetrag von -3.675 T€. Eine einheitliche Bewertung wird in wesentlichen Teilen vorgenommen. Zwischenergebnisse werden, soweit sie wesentlich sind, eliminiert. Das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen erfasst die anteiligen Eigenkapitalveränderungen.

Die Finanzanlagen werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Liegt der beizulegende Wert zum Abschlussstichtag (dauerhaft) unter dem Buchwert, wird bzw. wurde dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen. Die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen innerhalb eines Teilkonzerns bestehen weiterhin. Die Abzinsung erfolgt mit einem marktüblichen Zinssatz (Durchschnittsrendite einer Bundesanleihe) entsprechend ihrer durchschnittlichen Restlaufzeit.

Die sonstigen Ausleihungen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten angesetzt. Unverzinsliche Darlehen an Mitarbeiter werden mit ihrem Barwert bewertet. Die Abzinsung erfolgt mit einem marktüblichen Zinssatz (Durchschnittsrendite einer Bundesanleihe) entsprechend ihrer durchschnittlichen Restlaufzeit.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Unfertige Leistungen werden entsprechend den selbst erstellten Anlagen bewertet, jedoch ohne anteilige Aufwendungen für Planung und Bauüberwachung. Die Position fertige Erzeugnisse und Waren beinhaltet Speichergas sowie Emissionszertifikate, die zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet werden.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden unter Berücksichtigung von Wertminderungen in begründeten Einzelfällen zu Nennwerten angesetzt. Dem allgemeinen Ausfallrisiko wird durch Bildung einer aktivisch angesetzten Wertberichtigung Rechnung getragen.

Die sonstigen Wertpapiere sind unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Börsenkurs angesetzt.

Empfangene Ertragszuschüsse aus Vorjahren werden weiterhin mit 5,0 % des Ursprungswertes aufgelöst.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wird entsprechend dem Abschreibungsverlauf der korrespondierenden Anlagegüter aufgelöst.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen - einschließlich mittelbarer Pensionsverpflichtungen und Deputate - wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen - unter Anwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. K. Heubeck - nach den Vorschriften des HGB in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes durchgeführt. Die Berechnung erfolgte nach der Projected Unit Credit Method (PUC-Methode). Der Abzinsungszinssatz nach der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) beträgt zum 31.12.2017 3,68 % - 4,01 % (i. Vj. 4,01 % bzw. 4,06 %). Der Unterschiedsbetrag gem. § 253 Abs. 6 HGB bei den Pensionsrückstellungen beträgt 36.033 T€. Künftige Gehalts- und Rentenanpassungen wurden mit einem Trend von 1,0 % - 2,0 % bzw. 2,5 % ermittelt, die Kostensteigerungen für Deputate wurden mit einem Trend von 2,0 % bzw. 2,5 % zugrunde gelegt. Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit, Jubiläen und Beihilfen wurde nach den gleichen Grundsätzen durchgeführt. Bei den Rückstellungen für Altersteilzeit beträgt der Abzinsungszinssatz nach der RückAbzinsV zum 31.12.2017 unverändert bis zu 3,24 %. Bei den Rückstellungen für Jubiläen und Beihilfen beträgt der Abzinsungszinssatz nach der RückAbzinsV 1,33 % - 3,24 % (i. Vj. 1,67 % - 5,5 %). Künftige Rentenanpassungen wurden mit einem Trend von 2,0 % bzw. 2,5 % ermittelt.

Einigen Altersteilzeit- sowie Pensionsverpflichtungen stehen Rückdeckungsansprüche bzw. Wertguthaben gegenüber, die dem Zugriff der übrigen Gläubiger entzogen sind. Die Aktivwerte werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den zugehörigen Verpflichtungen verrechnet.

Die übrigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Der Ansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten und ihrer Laufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins abgezinst.

Drohverlustrückstellungen aus Speichernutzungsverträgen wurden als Barwert zukünftiger Zahlungsflüsse ermittelt. Wesentliche Grundlage für die Bestimmung der Zahlungsflüsse waren Prognosen über die zukünftige Preisentwicklung an den Energie- und Rohstoffmärkten. Zukünftige Preissteigerungen wurden langfristig mit einem Trend von rund 2,00 % p.a. berücksichtigt. Zur Ermittlung des Barwerts wurde ein laufzeitspezifischer Abzinsungszinssatz nach der RückAbzinsV i. H. v. 1,87 % (i. Vj. 2,34 %) bzw. i. H. v. 2,48 % (i. Vj. 2,91 %) verwendet.

Die Drohverlustrückstellung aus einem Stromliefervertrag, welcher mit der Beteiligung an einem Steinkohlekraftwerk einhergeht, wurde auf Basis der aktuellen Einschätzung über die Entwicklung des Strommarktes ermittelt. Zukünftige Preissteigerungen wurden langfristig mit einem Trend von rd. 2,00 % p. a. berücksichtigt. Zur Ermittlung des Barwertes der zukünftigen Zahlungsflüsse wurde ein laufzeitspezifischer Abzinsungssatz nach der RückAbzinsV in Höhe von 2,14 % (i. Vj. 2,60 %) für den Stromliefervertrag verwendet.

Zur Wertermittlung der Deponienachsorgeverpflichtung ist im Jahre 2016 ein neues Gutachten eingeholt worden. Der Wertansatz berücksichtigt gutachterlich festgestellte Zahlungspläne. Die zum Bilanzstichtag entstandenen Verpflichtungen wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken und Entwicklungen aufgrund der langfristigen Zahlungszeiträume mit dem Barwert angesetzt und abgezinst. Der Zinsaufwand beträgt 1.190 T€.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag passiviert.

Es wird von dem Wahlrecht des § 254 HGB Gebrauch gemacht, ökonomische Sicherungsbeziehungen durch die Bildung von Bewertungseinheiten bilanziell darzustellen. Es kommt die Einfrierungsmethode zur Anwendung.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Nominalwert angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Anlagepositionen und ihre Entwicklung im Jahre 2017 ergeben sich aus dem Anlagespiegel.

Anteilsbesitz

		Anteil am	Eigen-	Ergebnis	
		Kapital	Kapital	Jahr	T€
		in %	T€		
Verbundene Unternehmen					
Holding für Versorgung und Verkehr GmbH Bochum, Bochum	V	99,0	156.713	2017	0*)
Stadtwerke Bochum Holding GmbH, Bochum	V	95,0	772.156	2017	38.269*)
Stadtwerke Bochum GmbH, Bochum	V	100,0	31.433	2017	0*)
Stadtwerke Bochum Netz GmbH, Bochum	V	100,0	141.270	2017	0*)
USB Bochum GmbH, Bochum	V	100,0	1.005	2017	0*)
USB Service GmbH, Bochum	V	100,0	13.295	2017	600*)
Fernheizgesellschaft Bochum-Ehrenfeld GmbH, Bochum	V	100,0	2.077	2017	0*)
evu zählwerk Abrechnungs- und Servicegesellschaft mbH, Bochum	V	100,0	1.738	2017	0*)
Glasfaser Bochum GmbH & Co. KG, Bochum	V	100,0	4.474	2017	-466
mittelbar an der					
Glasfaser Bochum Verwaltungs GmbH, Bochum	N	100,0	65	2017	5
RAU-Recycling am Umweltpark GmbH, Bochum	N	100,0	681	2017	170
Stadtwerke Bochum Beteiligungsgesellschaft mbH, Bochum	V	100,0	475.489	2017	0*)
Bochumer Bäder GmbH, Bochum	V	99,996	25	2017	0*)
MULTIBRID WEA III Verwaltungs GmbH, Bremerhaven	N	100,0	19	2017	-2
Fernwärmeversorgung Universitäts-Wohnstadt Bochum GmbH, Bochum	V	75,0	2.297	2017	0*)
TMR - Telekommunikation Mittleres Ruhrgebiet GmbH, Bochum	V	73,1	6.658	2017	1.187
VBW BAUEN UND WOHNEN GmbH, Bochum	N	67,9	101.783	2017	7.549
Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG, Bochum	V	50,3	50.694	2017	0*)

V: Unternehmen, das in den Konzernabschluss einbezogen ist

A: Unternehmen, das als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen ist

N: Unternehmen, das aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen ist

*) Ergebnisabführungsvertrag

		Anteil am	Eigen-	Ergebnis	
		Kapital	Kapital	Jahr	T€
		in %	T€		
Vermögensverwaltungsgesellschaft für Versorgung und Verkehr der Stadt Herne mbH (VVH), Herne	V	99,0	70.034	2017	0*
Stadtwerke Herne AG, Herne	V	100,0	81.729	2017	0*
Straßenbahn Herne – Castrop-Rauxel GmbH, Herne	V	100,0	4.989	2017	0*
Herner Bädergesellschaft mbH, Herne	V	100,0	50	2017	0*
Netzgesellschaft Herne mbH, Herne	V	100,0	17	2017	0*
RWEB Pool II GmbH, Dortmund	V	100,0	93	2017	0
Wanne-Herner Eisenbahn und Hafen G.m.b.H., Herne	V	94,9	6.777	2017	0*
mittelbar an der ETZ Betriebs GmbH, Herne	V	100,0	42	2017	0*
Planungs- und Entwicklungsgesellschaft Güterverkehrszentrum Emscher mbH (PEG), Herne	V	100,0	2.245	2017	0*
TIH Terminal-Infrastrukturgesellschaft Herne mbH, Herne	V	100,0	266	2017	16
CTH Container Terminal Herne GmbH, Herne	V	100,0	70	2017	0*
BAV Aufbereitung Herne GmbH, Herne	V	51,0	1.321	2017	124
Stadtwerke Witten GmbH, Witten	V	99,0	29.974	2017	0*
VGW Vermögensgesellschaft Witten mbH, Witten	V	100,0	200	2017	0*
Vermögens- und Verwaltungsgesellschaft des bürgerlichen Rechts Ardey, Witten	N	51,0	59	2017	-30
Assoziierte Unternehmen					
WMR Wasserbeschaffung und Energieerzeugung Mittlere Ruhr GmbH, Bochum	A	50,0	5.209	2017	-109
Wasserversorgung Herne GmbH & Co. KG, Herne	A	50,0	16.536	2017	4.201
Wasserversorgung Herne Verwaltungs-GmbH, Herne	A	50,0	40	2017	1
Wasser und Gas Westfalen GmbH & Co. Holding KG, Bochum	A	50,0	783.834	2017	65.131
mittelbar an der Wasser und Gas Westfalen GmbH, Bochum		100,0	777.313	2017	0*
unique Wärme GmbH & Co. KG, Bochum	A	50,0	7.201	2017	-544
mittelbar an der unique Wärme Verwaltungsgesellschaft mbH, Bochum	N	100,0	27	2017	1
Trianel GmbH, Aachen	A	24,7	83.938	2016	-4.139
Beteiligungsunternehmen					
Wasser und Gas Westfalen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bochum	N	50,0	33	2017	1
VWW Verbund-Wasserwerk Witten					
Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Witten	N	50,0	4.224	2017	88

V: Unternehmen, das in den Konzernabschluss einbezogen ist

A: Unternehmen, das als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen ist

N: Unternehmen, das aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen ist

*) Ergebnisabführungsvertrag

		Anteil am	Eigen-	Ergebnis	
		Kapital	Kapital	Jahr	T€
		in %	T€		T€
Bochum-Gelsenkirchener Bahngesellschaft mbH, Bochum mittelbar an der BOGESTRA, Bochum	N	50,0 44,9	0 50.694	2016 2017	2 0*)
Otto Lingner Verkehrs-GmbH, Bochum	N	50,0	392	2016	50
rku.it GmbH, Herne		43,0	5.397	2017	277
Biogas Pool 1 für Stadtwerke GmbH & Co. KG, Unna		42,8	1.950	2016	101
O-TON Call Center Services GmbH, Dortmund		40,0	0	2016	-205
Verkehrsgesellschaft Stadt Gelsenkirchen mbH, Gelsenkirchen		38,0	635	2016	46
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Bochum mbH, Bochum		25,0	43	2016	0
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Herne mbH, Herne		25,0	46	2016	2
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen		23,7	23.953	2017	3.056
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG, Aachen		20,9	285.438	2017	-9.503
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, Aachen		18,4	0	2017	-18.202
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Essen		18,0	409.640	2017	19.340
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH, Essen		18,0	131	2017	5
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen		15,8	0	2017	-52.000
SGW Siedlungsgesellschaft Witten mbH, Witten		15,0	519	2016	311
KGE - Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG, Gronau		12,5	33.500	2017	3.504
KGBE - Kommunale Gasspeicher Beteiligungsgesellschaft Epe mbH, Gronau		12,5	36	2017	1
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Aachen mittelbar an der Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Aachen		11,2 100,0	64.775 35	2016 2016	-1.112 9
Herner Gesellschaft für Wohnungsbau mbH, Herne		10,9	19.214	2016	-159
Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG, Aachen		10,0	84.735	2017	-13.195
WABE Wittener Gesellschaft für Arbeit und Beschäftigungs- förderung mbH, Witten		10,0	1.020	2016	127
Betriebsgesellschaft Radio Bochum mbH & Co. KG, Bochum		7,0	37	2016	153
Betriebsgesellschaft Radio Herne mbH & Co. KG, Herne		6,7	-1.504	2016	-121
VfL Bochum-Stadioncenter GmbH, Bochum		5,0	767	2017	32
Stadtmarketing Witten GmbH, Witten		5,0	124	2016	16
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka), Köln		4,6	1.123	2016	140
Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main		4,6	104.697	2017	-27.712

N: Unternehmen, das aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen ist

*) Ergebnisabführungsvertrag

(2) Vorräte

	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	11.488	12.120
unfertige Leistungen	6.665	7.254
fertige Erzeugnisse und Waren	14.198	9.940
geleistete Anzahlungen	353	51
Gesamt	32.704	29.365

Die fertigen Erzeugnisse und Waren beinhalten im Wesentlichen mit 10.846 T€ Speichergas bei Beteiligungsgesellschaften, mit 2.762 T€ Emissionszertifikate sowie mit 271 T€ Biogas Untertzertifikate.

(3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	102.645	105.270
<i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>	<i>(104)</i>	<i>(87)</i>
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	931	100
<i>davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</i>	<i>(765)</i>	<i>(94)</i>
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	90.433	87.380
<i>davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</i>	<i>(14.024)</i>	<i>(14.025)</i>
<i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>	<i>(19.608)</i>	<i>(21.354)</i>
Forderungen gegen Gesellschafter	6.357	3.723
<i>davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</i>	<i>(1.762)</i>	<i>(2.028)</i>
sonstige Vermögensgegenstände	63.247	53.908
<i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>	<i>(913)</i>	<i>(1.117)</i>
Gesamt	263.613	250.381

(4) Eigenkapital

Die Aufgliederung des Eigenkapitals und seine Entwicklung im Jahre 2017 ergeben sich aus dem Konzerneigenkapitalpiegel.

Das **gezeichnete Kapital** von unverändert 51.130 T€ ist voll eingezahlt.

Der **Ausgleichsposten** für Anteile anderer Gesellschafter betrifft die Beteiligung der Stadt Bochum an der Stadtwerke Bochum Holding GmbH, die Beteiligung der STEAG Fernwärme GmbH an der Fernwärmeversorgung Universitäts-Wohnstadt Bochum GmbH, die Beteiligung der Städte an der HVV, VVH und der Stadtwerke Witten GmbH, die Beteiligung einer außenstehenden Aktionärin an der BOGESTRA sowie die Beteiligung außenstehender Gesellschafter an der TMR und der Wanne-Herner Eisenbahn und Hafen G.m.b.H..

(5) Sonderposten für Investitionszuschüsse

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wurde für die von den Kunden vereinnahmten Hausanschlusskostenbeiträge und Baukostenzuschüsse gebildet. Der Posten wird entsprechend der Nutzungsdauern der korrespondierenden Anlagegüter aufgelöst.

(6) Rückstellungen

	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	204.872	189.665
Steuerrückstellungen	4.305	9.814
sonstige Rückstellungen	351.381	350.442
Gesamt	560.558	549.921

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen enthalten Versorgungs- und Sachleistungsverpflichtungen.

Gesellschaften des Konzerns sind Mitglied der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) und haben ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend der Satzung versichert. Seit dem Jahr 2002 erfolgt die Umstellung vom Gesamtversorgungssystem mit Umlagefinanzierung zu einer deckungskapitalorientierten Finanzierung. Seitdem teilt sich der Gesamt-Umlagesatz in einen Beitrag zur Kapitaldeckung und einen Sanierungsbeitrag des Arbeitgebers zur Deckung der Altlasten auf. Da es sich bei diesen Verpflichtungen um mittelbare Pensionsverpflichtungen gem. Art. 28 EGHGB handelt, erfolgt der Ausweis bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Maßnahmen unterlassene Instandhaltung, Drohverluste, Verpflichtungen aus dem Personalbereich, zurückgestellte Beiträge für Deponienachsorge, ausstehende Abrechnungen für Energieeinspeisung nach EEG und KWK-G sowie regulatorische Risiken aus dem energiewirtschaftlichen Umfeld.

Daneben bestehen in der Bilanz nicht ausgewiesene Verpflichtungen gegenüber der Ausgleichskasse der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen e.V. von 81.745 T€ bei einem Zinssatz von 3,68 % (i. Vj. 73.035 T€; 4,01 %).

(7) Verbindlichkeiten

	31.12.2017 insgesamt T€	davon mit einer Restlaufzeit			31.12.2016 insgesamt T€
		< 1 Jahr T€	1 bis 5 Jahren T€	> 5 Jahren T€	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	541.785	40.233	159.131	342.422	544.409
<i>davon grundpfandrechtlich gesichert</i>	<i>(158.991)</i>	<i>(10.006)</i>	<i>(38.985)</i>	<i>(110.000)</i>	<i>(201.094)</i>
<i>davon durch Verpfändung von Aktien gesichert</i>	<i>(27.750)</i>	<i>(500)</i>	<i>(250)</i>	<i>(27.000)</i>	<i>(38.200)</i>
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	3.527	3.527	0	0	2.723
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	66.921	66.868	33	19	37.462
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	48	48	0	0	69
<i>davon aus Lieferungen und Leistungen</i>	<i>(48)</i>	<i>(48)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(62)</i>
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.552	29.552	0	0	31.795
<i>davon aus Lieferungen und Leistungen</i>	<i>(29.552)</i>	<i>(29.552)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(28.568)</i>
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	4.692	4.692	0	0	5.652
Sonstige Verbindlichkeiten	52.279	38.626	4.157	9.496	64.277
<i>davon aus Steuern</i>	<i>(14.184)</i>	<i>(14.184)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(13.935)</i>
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	<i>(291)</i>	<i>(291)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(204)</i>
Gesamt	698.804	183.546	163.321	351.937	686.387

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten Inhaberschuldverschreibungen von 3.965 T€ (i. Vj. 4.055 T€) mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2020 sowie von 9.468 T€ (i. Vj. 9.613 T€) bis zum 31.12.2023.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag waren Bürgschaften von 41.500 T€ (i. Vj. 36.500 T€) sowie Patronats-
erklärungen von unverändert 5.700 T€ gestellt. Es liegen aktuell keine Erkenntnisse vor, die zu
einer Inanspruchnahme von bestehenden Haftungsverhältnissen führen könnten.

Die von einem Teilkonzern vereinnahmten Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen
des Anlagevermögens sind entsprechend der Förderrichtlinien an eine Betriebspflicht der
geförderten Anlagen von 20 Jahren gebunden. Ein Verstoß gegen diese Vorhalteplichten kann
zu (partiellen) Rückzahlungen der Investitionszuschüsse führen. Hierfür liegen keine
Anhaltspunkte vor. Der Betrag, der noch der zeitlich vorgegebenen Zweckbindungsdauer
unterliegt, beläuft sich auf 1.910 T€.

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Bestellungen (53.705 T€), aus
Leasingverträgen (4.945 T€) sowie für Nutzungsentgelte für Software (4.283 T€) und digitale
Kabelanschlüsse (63 T€).

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(8) Umsatzerlöse

	2017 T€	2016 T€
Stromversorgung ohne Stromsteuer	535.425	509.066
Gasversorgung ohne Erdgassteuer	206.400	219.286
Wasserversorgung	59.099	60.664
Wärmeversorgung	42.228	39.362
Abfallwirtschaft und Stadtreinigung	73.976	77.301
Personenverkehr	144.817	141.008
Bäder	1.748	881
Telekommunikation	8.555	8.321
andere Leistungen	59.562	62.095
Gesamt	1.131.810	1.117.984

In den Umsatzerlösen der einzelnen Sparten sind auch Erlöse aus Nebengeschäften enthalten. Zusätzlich beinhalten sie periodenfremde Erträge i. H. v. 1.491 T€ und periodenfremde Erlösminderungen i. H. v. 1.705 T€.

(9) Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält u. a. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von 19.709 T€ (i. Vj. 20.970 T€), Erträge aus der Veräußerung von RWE Aktien in Höhe von 17.557 T€ sowie 3.548 T€ (i. Vj. 3.389 T€) aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse. Auch sind mit 6.818 T€ Erträge aus der Veräußerung von Beteiligungsrechten an einer Projektgesellschaft und mit 856 T€ (i. Vj. 742 T€) vom Land NRW gem. § 11 ÖPNVG gewährte Mittel für Vorhaltekosten enthalten. Des Weiteren beinhaltet diese Position 10.281 T€ periodenfremde Erträge.

(10) Materialaufwand

	2017 T€	2016 T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-647.128	-611.630
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-85.707	-86.681
Gesamt	-732.835	-698.311

Diese Position beinhaltet 2.812 T€ periodenfremde Aufwendungen.

(11) Personalaufwand

	2017 T€	2016 T€
Löhne und Gehälter	-228.213	-220.544
Soziale Abgaben und Unterstützung	-46.014	-42.883
Aufwendungen für Altersversorgung	-24.748	-45.592
Gesamt	-298.975	-309.019

Im Geschäftsjahr 2017 wurden durchschnittlich 4.707 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2016: 4.689) beschäftigt.

(12) Abschreibungen

Im Geschäftsjahr 2017 fielen planmäßige Abschreibungen in Höhe von 55.336 T€ (i. Vj. 55.341 T€) an. Außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen sind im Jahr 2017 nicht angefallen (i. Vj. 800 T€).

(13) Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2017 T€	2016 T€
Konzessionsabgabe	-33.303	-34.132
Sonstige	-80.466	-119.888
Gesamt	-113.769	-154.020

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten 598 T€ periodenfremde Aufwendungen.

(14) Ergebnis aus Finanzanlagen

	2017 T€	2016 T€
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.145	1.077
Beteiligungsergebnis	7.835	9.574
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-13.292	-29.406
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	-9
Gesamt	-4.312	-18.764

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen mit 8.002 T€ die außerplanmäßige Abschreibung auf die Beteiligung an der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG und mit 5.000 T€ die außerplanmäßige Abschreibung auf die Beteiligung an der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG. Im Vorjahr beinhaltete diese Position 22.079 T€ außerplanmäßige Abschreibungen auf die Beteiligung an der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG.

(15) Zinsergebnis

	2017 T€	2016 T€
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.121	8.066
<i>davon Erträge aus Abzinsung</i>	<i>(17)</i>	<i>(224)</i>
<i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>	<i>(3)</i>	<i>(0)</i>
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-33.210	-33.856
<i>davon Aufwendungen aus Aufzinsung</i>	<i>(-14.143)</i>	<i>(-15.325)</i>
<i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>	<i>(-25)</i>	<i>(0)</i>
Gesamt	-25.089	-25.790

Im Zinsergebnis sind 1.860 T€ periodenfremde Aufwendungen enthalten.

(16) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhalten Steuererstattungen i. H. v. 200 T€ (i. Vj. 201 T€) für Gewerbesteuer sowie 203 T€ (i. Vj. 189 T€) für Körperschaftsteuer für Vorjahre.

Sonstige Angaben

Geschäftsführung

Dietmar Spohn, Sprecher

Ulrich Koch

Andreas Schumski

Frank Thiel

Aufsichtsrat

Dr. Frank Dudda, Vorsitzender seit 23.03.2017

Nicole Misterek, stellv. Vorsitzende

Norbert Arndt

Wolfgang Cordes

Thomas Eiskirch, Vorsitzender bis 22.03.2017

Michael Faust (seit 01.07.2017)

Bettina Gantenberg

Volker Hohmeier

Sonja Leidemann

Udo Lochmann

Gudrun Müller

Dr. Uwe Rath (seit 15.03.2018)

Markus Schlüter

Dirk Schröder (seit 01.04.2017)

Gabriele Schuh

Dieter Schumann

Udo Sobieski

Erika Stahl

Ernst Steinbach

Dr. Benjamin Zemlin

Karl-Heinz Happek (bis 30.06.2017)

Uwe Schittek (bis 31.03.2017)

Thomas Stotko (bis 05.02.2018)

Oberbürgermeister Herne

Konzernbetriebsratsvorsitzende/
Betriebsratsvorsitzende

Gewerkschaftssekretär (ver.di)

Angestellter

Oberbürgermeister Bochum

techn. Angestellter

Gewerkschaftssekretärin (ver.di)

stellv. Konzernbetriebsrats-
vorsitzender/Betriebsratsvorsitzender

Bürgermeisterin Witten

Busfahrer / Teamleiter

Bezirksgeschäftsführerin (ver.di)

Diplom-Geograph

Beschäftigter
Kommunalverwaltung

stellv. Betriebsratsvorsitzender

Medizinische Fachangestellte

Betriebsratsvorsitzender

Angestellter

Pensionärin

Geschäftsführer

Leitender Angestellter

techn. Angestellter

stellv. Betriebsratsvorsitzender

Rechtsanwalt

Bezüge der Organe

Die Bezüge der Geschäftsführer der ewmr in den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen betragen im Jahr 2017:

	festе Bezüge T€	variable Bezüge T€	Sach- bezüge T€	insgesamt T€
Dietmar Spohn	347	103	15	465
Ulrich Koch	196	45	10	251
Andreas Schumski	178	0	14	192
Frank Thiel	327	78	11	416
Gesamt	1.048	226	50	1.324

Für Dietmar Spohn bestehen Pensionszusagen, für die nach Verrechnung mit einer Rückdeckungsversicherung mit einem Zeitwert von 1.063 T€ (i. Vj. 925 T€) am 31.12.2017 1.243 T€ (i. Vj. 1.038 T€) zurückgestellt sind. Im Rahmen der Verrechnung der Pensionsverpflichtungen mit dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherung sind zugehörige Aufwendungen und Erträge in Höhe von 135 T€ verrechnet worden. Für Pensionszusagen an Herrn Ulrich Koch waren zum Bilanzstichtag 1.066 T€ zurückgestellt, die Zuführung betrug 186 T€.

Nach Verrechnung mit entsprechendem Deckungsvermögen von unverändert 3.046 T€ sind für die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Geschäftsführern von Konzernunternehmen 11.726 T€ (i. Vj. 11.978 T€) zurückgestellt; die Pensionszahlungen betragen im Geschäftsjahr 1.312 T€ (i. Vj. 1.194 T€).

Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für ihre Tätigkeit in den Aufsichtsräten der Holding für Versorgung und Verkehr GmbH Bochum, der Stadtwerke Bochum Holding GmbH, der Stadtwerke Bochum Netz GmbH sowie der Stadtwerke Bochum GmbH eine gemeinsame jährliche Aufwandsentschädigung von 1.534,00 €. Vorsitzende erhalten das Doppelte, Stellvertreter jeweils das Eineinhalbfache. Neben dieser Aufwandsentschädigung wird ein Sitzungsgeld von 154,00 € pro Aufsichtsrats- oder Präsidiumssitzung gezahlt. Im Aufsichtsrat der Stadtwerke Bochum Netz GmbH haben der Vorsitzende Dietmar Spohn sowie Frank Thiel auf die Aufsichtsratsvergütungen verzichtet.

Die Vergütungen werden ausschließlich von der Stadtwerke Bochum Holding GmbH ausgezahlt. Finden an einem Tag mehrere Sitzungen der o.g. Gremien statt, so wird nur einmal Sitzungsgeld gezahlt. Die Aufsichtsräte der Stadtwerke Bochum Netz GmbH und der Stadtwerke Bochum GmbH wurden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung mit Wirkung zum 22.12.2017 abgeschafft.

Mitglieder des Aufsichtsrates der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG (BOGESTRA) erhalten eine Grundvergütung von 130,00 € pro Monat sowie ein Sitzungsgeld von 200,00 € pro Aufsichtsrats- oder Ausschusssitzung. Vorsitzende erhalten ebenfalls das Doppelte sowie deren Stellvertreter das Eineinhalbfache der Grundvergütung.

Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke Witten GmbH erhalten eine pauschale Vergütung von 2.040,00 € pro Jahr. Vorsitzende erhalten ebenfalls das Doppelte sowie deren Stellvertreter das Eineinhalbfache der Grundvergütung.

Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für Ihre Tätigkeiten in den Aufsichtsräten der Vermögensverwaltungsgesellschaft für Versorgung und Verkehr der Stadt Herne mbH (VVH), der Stadtwerke Herne AG und der Straßenbahn Herne - Castrop-Rauxel GmbH (HCR) eine pauschale Vergütung von 750,00 € pro Gesellschaft.

Mitglieder des Aufsichtsrates der ewmr und der evu zählwerk GmbH erhalten für Ihre Tätigkeit ein Sitzungsgeld von 154,00 € pro Aufsichtsratssitzung. Aufsichtsratsvorsitzende erhalten das Doppelte, Stellvertreter jeweils das Eineinhalbfache. Finden die Aufsichtsratssitzungen am selben Tag statt, erhalten die Aufsichtsratsmitglieder ausschließlich Sitzungsgeld von der ewmr.

Im Einzelnen haben die Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft in 2017 für ihre Tätigkeit in Aufsichtsgremien von in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen folgende Vergütungen erhalten:

		Aufwands- entschädigung bzw. Grund- vergütung €	Sitzungs- geld €	Sach- bezug €	insgesamt €
Dr. Frank Dudda	<i>Vorsitzender seit 23.03.2017</i>	2.250,00	461,00	27,00	2.738,00
Nicole Misterek	<i>stellvertretende Vorsitzende</i>	2.301,00	1.694,00	0,00	3.995,00
Norbert Arndt		0,00	308,00	0,00	308,00
Wolfgang Cordes		1.534,00	1.078,00	0,00	2.612,00
Thomas Eiskirch	<i>ehem. Vorsitzender</i>	6.188,00	3.447,00	0,00	9.635,00
Michael Faust		0,00	154,00	0,00	154,00
Bettina Gantenberg		0,00	154,00	0,00	154,00
Karl-Heinz Happek		1.500,00	154,00	27,00	1.681,00
Volker Hohmeier		3.060,00	308,00	0,00	3.368,00
Sonja Leidemann		2.040,00	308,00	0,00	2.348,00
Udo Lochmann		0,00	308,00	0,00	308,00
Gudrun Müller		0,00	154,00	0,00	154,00
Uwe Schittek		1.534,00	1.078,00	0,00	2.612,00
Markus Schlüter		0,00	154,00	0,00	154,00
Dirk Schröder		1.534,00	924,00	0,00	2.458,00
Gabriele Schuh		0,00	308,00	0,00	308,00
Dieter Schumann		0,00	154,00	0,00	154,00
Udo Sobieski		0,00	308,00	0,00	308,00
Erika Stahl		0,00	308,00	0,00	308,00
Ernst Steinbach		1.534,00	924,00	0,00	2.458,00
Thomas Stotko		0,00	0,00	0,00	0,00
Dr. Benjamin Zemlin		0,00	308,00	0,00	308,00
Gesamt		23.475,00	12.994,00	54,00	36.523,00

An die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat waren am Bilanzstichtag Darlehen bzw. Vorschüsse von insgesamt 116 T€ ausgereicht. Die Tilgung 2017 beträgt 23 T€.

Künftige Investitionen

Die genehmigten ausgabewirksamen Investitionen des Folgejahres belaufen sich auf 112.670 T€.

Honorare der Abschlussprüfer

Der Konzernabschlussprüfer erhält für das Jahr 2017 Honorare (netto) für Abschlussprüfungsleistungen von 285 T€, 73 T€ für andere Bestätigungsleistungen, 21 T€ für Steuerberatungsleistungen sowie 33 T€ für sonstige Leistungen. Andere Abschlussprüfer im Konzern erhalten für Abschlussprüfungsleistungen Honorare von 284 T€, 15 T€ für andere Bestätigungsleistungen, 59 T€ für Steuerberatungsleistungen sowie 252 T€ für sonstige Leistungen.

Latente Steuern

Auf Ebene der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen ergeben sich zum 31.12.2017 passive latente Steuern im Wesentlichen aus den nur steuerlich ansetzbaren Sonderposten mit Rücklageanteil. Aktive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus der unterschiedlichen Bewertung und dem unterschiedlichen Ansatz von Rückstellungen für Altersvorsorgeverpflichtungen und sonstigen Rückstellungen sowie aus der unterschiedlichen Bewertung bzw. dem unterschiedlichen Ansatz von Posten des Finanz- und Sachanlagevermögens. Insgesamt werden die passiven latenten Steuern durch die aktiven latenten Steuern überkompensiert. In Anwendung von § 274 HGB wird in den Einzelabschlüssen von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht und auf den Ansatz des aktiven Überhangs latenter Steuern in der Bilanz verzichtet.

Auf Ebene des Konzernabschlusses ergeben sich aktive latente Steuern aus den in der Steuerbilanz eines vollkonsolidierten Unternehmens angesetzten Geschäfts- oder Firmenwerten, die aus konzerninternen Transaktionen resultieren und die im Konzernabschluss konsolidiert worden sind sowie aus der unterschiedlichen Bewertung von gehaltenen Aktien. Zum 31.12.2017 werden aktive latente Steuern i.H.v 1.823 T€ angesetzt. Diese wurden auf Basis eines kombinierten Unternehmenssteuersatzes von 33 % ermittelt (bei Personengesellschaften 16 %).

Angaben zu Bewertungseinheiten

Die ewmr sichert ihr Beschaffungsportfolio Gas gegen die Gefahr der nachteiligen Änderung des Marktwertes (Wertänderungsrisiko) durch Veränderungen des TTF (Title Transfer Facility-) Preises ab. Zur Absicherung der bestehenden Risiken aus einem Gasbezugsvertrag (Grundgeschäft) mit einem Volumen von 4.279 T€ für das Jahr 2018 wurden Payer-Swap-Verträge, die zum 31.12.2017 einen Marktwert (MtM) von -614 T€ hatten, abgeschlossen. Diese werden mit dem Grundgeschäft zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst. Hierbei handelt es sich um einen Portfolio-Hedge, bei dem einem Grundgeschäft mehrere Absicherungsgeschäfte gegenüberstehen.

Ferner sichert die ewmr ihr Erzeugungsportfolio Strom für das Trianel Kohlekraftwerk Lünen gegen (TKL) ein Wertänderungsrisiko ab. Dieses Risiko beinhaltet die Gefahr der nachteiligen Änderung des Marktwertes durch Veränderungen des API2-Preises. Die Bewertungseinheit besteht aus einem Strombezugsvertrag mit dem Kraftwerk (Grundgeschäft) und den dagegenstehenden Sicherungsgeschäften in Form von Payer-Swaps. Die Art der Bewertungseinheit ist ein Portfolio-Hedge. Das Grundgeschäft, ebenso wie die Sicherungsgeschäfte unterliegen demselben Preisrisiko. Zum Stichtag 31.12.2017 sind für den Zeitraum bis einschließlich 2020 finanzielle Volumen in Höhe von 36.673 T€ für TKL als schwebende Geschäfte vorhanden. Die Sicherungsgeschäfte belaufen sich zum Stichtag 31.12.2017 auf einen Marktwert in Höhe von 3.086 T€.

Die beschafften CO₂-Zertifikate für TKL für 2018 haben zum Stichtag 31.12.2017 einen Marktwert (MtM) in Höhe von 1.245 T€, für 2019 einen Marktwert (MtM) in Höhe von 143 T€ und für 2020 einen Marktwert (MtM) in Höhe von 194 T€.

Die in den Vorjahren gebildete Bewertungseinheit aus einem variabel verzinslichen Darlehen und einem Payer-Swap über nominal 20.000 T€ wurde in diesem Jahresabschluss aufgelöst, da der innere Sicherungszusammenhang aufgegeben wurde. Der zum Bilanzstichtag bestehende negative Marktwert wurde im Rahmen einer Drohverlustrückstellung i. H. v. 5.252 T€ entsprechend berücksichtigt.

Zur Absicherung des Dieselpreisniveaus für einen Teil des Dieselbezuges für die Jahre 2015 bis 2018 wurde im Rahmen eines Portfolio-Hedges ein Dieselswapgeschäft über 5.160 mT Diesel abgeschlossen. Der Nominalwert dieses Geschäfts beträgt 2.895 T€, der beizulegende Wert berechnet sich aus den Forward Rates zum 31.12.2017 und beträgt -420 T€. Für diesen negativen Marktwert wurde bilanziell Vorsorge getroffen.

Für einen weiteren Teil des Dieselbezugs wurden Finanztermingeschäfte im Rahmen von Mikro Hedges abgeschlossen, in die die laufenden Einkäufe als antizipative Grundgeschäfte mit einem jährlichen Dieselbezug von ca. 1.429 T€ einbezogen werden. Der beizulegende Wert dieser Sicherheitsinstrumente beträgt zum 31.12.2017 -7 T€.

Bei allen Bewertungseinheiten ist eine hohe Wirksamkeit dieser Sicherungsbeziehungen gegeben, da sich die gegenläufigen Wertänderungen des Grund- und der Absicherungsgeschäfte in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit in vollem Umfang ausgleichen werden.

Erklärung zur Unternehmensführung und zum Corporate Governance Kodex

Der Vorstand und der Aufsichtsrat des in den Teilkonzernabschluss einbezogenen Unternehmens BOGESTRA haben für das Jahr 2017 eine Erklärung zur Unternehmensführung und zum Corporate Governance Kodex abgegeben. Sie ist unter www.bogestra.de im Abschnitt Investor Relations einsehbar.

Vorschlag zur Ergebnisverwendung des Mutterunternehmens

Die Geschäftsführung empfiehlt, aus dem Bilanzgewinn des Mutterunternehmens einen Betrag in Höhe von 9.250 T€ an die Gesellschafterin Stadt Herne auszuschütten und den verbleibenden Betrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Bochum, 02. Juli 2018

Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH

Spohn

Thiel

Koch

Schumski

Entwicklung des Konzernanlagevermögens

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Buchrestwerte		
	Stand 01.01.2017	Zugänge) Anteilige Eigenkapital- Mehring	Abgänge) Anteilige Eigenkapital- Minderung	Umbuchungen	Stand 31.12.2017	Stand 01.01.2017	Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	38.764	1.414	437	-3.710	36.031	30.603	1.491	422	0	31.672	4.359	8.161
2. Geschäfts- und Firmenwert	9.015	7	0	0	9.022	9.004	9	0	0	9.013	9	11
3. Geleistete Anzahlungen	297	39	7	-290	39	0	0	0	0	0	39	297
	48.076	1.460	444	-4.000	45.092	39.607	1.500	422	0	40.685	4.407	8.469
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	348.503	1.840	472	63	349.934	211.550	6.485	201	0	217.834	132.100	136.953
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.448.342	23.184	9.266	9.903	1.472.163	1.165.408	25.586	8.832	0	1.182.162	290.001	282.934
3. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	76.610	3.099	64	3.969	83.614	42.029	2.912	65	0	44.876	38.738	34.581
4. Fahrzeuge für den Personenverkehr	271.604	16.594	2.983	23.068	308.283	157.745	10.596	2.983	0	165.358	142.925	113.859
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	154.214	7.030	3.117	524	158.651	124.627	8.257	3.070	0	129.814	28.837	29.587
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	89.632	30.898	592	-37.527	82.411	1.074	0	0	0	1.074	81.337	88.558
	2.388.905	82.645	16.494	0	2.455.056	1.702.433	53.836	15.151	0	1.741.118	713.938	686.472
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	960	1.159	46	0	2.073	151	37	46	0	142	1.931	809
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	426.602	*) 32.817 2.851	*) 32.898 5.098	25	424.299	5.098	0	5.098	0	0	424.299	421.504
3. Beteiligungen	232.959	35.128	81	3.975	271.981	41.213	13.040	0	0	54.253	217.728	191.746
4. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	680	150	320	0	510	0	0	0	0	0	510	680
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	64.025 ²	10.037	15	0	74.047	399 ²	0	0	0	399	73.648	63.626
6. Ausleihungen an Gesellschafter	608	0	113	0	495	0	0	0	0	0	495	608
7. Wertpapiere des Anlagevermögens	94.072	23.298	45.831	0	71.539	24.852	285	12.366	0	12.771	58.768	69.220
8. Verliehene Wertpapiere	23.298	0	23.298	0	0	197	0	197	0	0	0	23.101
9. Geliehene Wertpapiere	0 ¹	0	0	0	0 ¹	0	0	0	0	0	0 ¹	0 ¹
10. Sonstige Ausleihungen	3.921	2.379	800	0	5.500	152	20	24	1	147	5.353	3.769
	847.125	107.819	108.500	4.000	850.444	72.062	13.382	17.731	1	67.712	782.732	775.063
	3.284.106	191.924	125.438	0	3.350.592	1.814.102	68.718	33.304	1	1.849.515	1.501.077	1.470.004

¹ Die im Geschäftsjahr 2001 im Rahmen einer Wertpapierleihe zugegangenen Wertpapiere sind mit 0,51 € bewertet.

² Anpassung Saldovertrag

„Wir haben den von der Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Duisburg, den 8. August 2018

PKF FASSELT SCHLAGE
Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte

Hünger
Wirtschaftsprüfer

Franke
Wirtschaftsprüfer